

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Beilage. Telefon Sammelnummer 72208. Postcheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die Uebelwahl, Kolonelle 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf.
Stellenangebote 10 gels. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen die Uebelwahl, Kolonelle mit 50%, Nachsch. Reklamezeile 2 M., Inserate v. ausm. die Uebelwahl, Kolonelle 40 Pf. bei Platzverdrängung 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Abteilungsstellen und alle Postämter entgegen

Die Schwerindustrie geht aufs Ganze

Kampffonds 50 Millionen Mark — Generalausperrung in Sicht

Die Gewerkschaften haben, wie gemeldet, die Absicht, den Lohnstarif der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie zu kündigen. Es sieht also ein großer Arbeitskampf in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie bevor. Es hat sehr den Anschein, daß diesmal das Truktkapital, wenn die Arbeiterschaft sich ihm nicht bedingungslos unterwirft, aufs Ganze gehen will. Im Dezember vorigen Jahres hatte man, wie erinnerlich, mit der Gesamtausperrung gedroht, weil die Arbeiterschaft auf dem ihr gesetzlich zustehenden Recht einer Arbeitszeitverkürzung bestanden hatte. Zur Verwirklichung dieses sauberen Planes war es damals nicht gekommen, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Was damals vermieden worden ist, soll jetzt auf breiter Basis nachgeholt werden. Offenbar will man beweisen, daß das Truktkapital auch dann der Herr im Staate ist, wenn in der Regierung Sozialdemokraten sitzen. Das geht deutlich aus dem folgenden Bericht der Frankfurter Zeitung hervor, der zeigt, daß die Schwerindustrie dabei ist, sich für einen Kampf auf Leben oder Brechen zu rüsten und sie dabei auf die Unterstützung der gesamten Industrieunternehmensgemeinschaft rechnen kann:

Im Arbeitskonflikt der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie, in dem gestern die ersten Verhandlungen stattgefunden haben, scheint es diesmal um mehr als um Lohnhöherungen zu gehen. Wenn nicht alles trügt, ist die Lage ziemlich ähnlich der im Dezember v. J. vor der geplanten Gesamtausperrung in der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, nur scheint die Schwerindustrie diesmal weniger Entgegenkommen gegenüber dem Reichsarbeitsministerium zeigen zu wollen als damals. Ein äußeres Zeichen für die

Beschärfung der Situation

Ist die Wiederaufnahme der Sammlung für den sogenannten Gefahrenfonds, der im vorigen Herbst durch Umlage von 5 Mark pro Arbeiter und Monat bei den Mitgliedern der nordwestlichen Gruppe gesammelt wurde. Nach zeitweiliger Suspendierung der Zahlung für diesen Fonds ist die

Beitreibung weiterer Mittel inzwischen wieder aufgenommen worden, und zwar nicht mehr in der früheren Form einer direkten Umlage, sondern unter dem Schleier einer nachträglichen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zu den Arbeitgeberverbänden. Die heute vorhandenen Kampfmittel der Schwerindustrie dürften annähernd 50 Millionen Mark erreichen.

Da bereits im vorigen Jahre die großen Konzerne auf Rücklagen aus diesem Fonds verzichtet haben, würde er im Falle eines Arbeitskampfes den mittleren und kleineren Bezirksfirmen zugute kommen können.

Während früher bei Arbeitsdifferenzen schon zur zweiten Verhandlung der Schlichter herangezogen wurde, beschloß man gestern auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeitgeber, die für den 11. ver-

weitere Verhandlung ohne Schlichter

als reine Parteiverhandlung abzuhalten. Damit scheint die von Arbeitgeberseite weiterhin geplante Taktik bezeichnet zu sein. Man will vermeiden, durch einen Schiedsspruch in eine Zwangslage zu kommen,

will vielmehr die Ausperrung durchführen, falls die Arbeitnehmer nicht zu den bisherigen Vöhen über Ende Oktober hinaus arbeiten wollen.

Anscheinend ist jetzt geplant, die Quittung auf das feinerzeit von den Gewerkschaften in Sachen angewandte Verfahren zu erteilen, als diese zu Schlichtungsverhandlungen nicht erschienen, ohne daß der damalige Reichsarbeitsminister Brauns in einer nach Aufklärung der Arbeitgeber ausreichenden Weise dagegen einschritt.

Die derzeitige Einstellung der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie scheint neben dem Wunsche nach Abwehr einer Selbstkostenverteuerung

einen stark politischen Einschlag

zu haben. Man will endlich zu der oft erörterten

Kraftprobe der beiden Parteien

kommen und glaubt die Gelegenheit heute hierfür gegeben. Es ist zweifellos kein Zufall, daß ab Anfang dieser Woche auch im linksrheinischen Textilbezirk eine Ausperrung stattgefunden hat. Wenn nicht alles täuscht, sind die Vorbereitungen der hiesigen Schwerindustriellen Kreise sogar so weit gediehen, daß

auch die schwerindustriellen übrigen Bezirke Deutschlands an einer eventuellen Ausperrung teilnehmen

werden. Das wäre die gleiche Kampfgemeinschaft, wie sie bereits im Dezember v. J. vorbereitet war. Die vcrarbeitende Eisenindustrie des hiesigen Bezirks wird sich gegebenenfalls an einer Ausperrung beteiligen. Wie weit gleichartige Bindungen zu den anderen Verarbeitungsbereichen vorliegen, ist im Augenblick nicht festzustellen. Die Metallarbeiterverbände sind bis jetzt noch einig. Zur Zeit wird eine gemeinsame Kundgebung an die Öffentlichkeit vorbereitet.

Die Unternehmer werden, wenn die Verhandlungen am 11. Oktober scheitern, die Kündigungsmöglichkeit am 15. d. M. wahrnehmen und

zum Ende des Monats die Gesamtkündigung aussprechen, um gegebenenfalls die Gesamtillegung durchzuführen."

In diesem Bericht mag ein gutes Stück Unternehmerstrolchei enthalten sein, das den Zweck hat, die Gewerkschaftsteilungen einzuschüchtern. Immerhin hat das Vorgehen der Werkstücke eine verzweifelte Aktualität mit den von der Frankfurter Zeitung mitgeteilten Plänen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Es hat also sehr den Anschein, daß das deutsche Großunternehmertum alles daransetzt, die Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen.

Von den schwedischen Wankwahlen

Von Gustav Möller, Stockholm.

Bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1924 erhielt die schwedische Sozialdemokratie von im ganzen 230 Sitzen 105 und die Kommunisten 4 Sitze. Auf Grund der gesamten Situation und nach den harten Kämpfen mit den Gruppen der bürgerlichen Linken während der folgenden Wahlperiode in den Fragen der schwedischen Arbeitslosenpolitik und der sogenannten Politik des industriellen Friedens war es selbstverständlich, daß sich unsere Partei zu einem entscheidenden Kampf mit den bürgerlichen Parteien um die Mehrheit im Unterhaus rüsten mußte. Nur 7 Sitze waren nötig, um den beiden Arbeiterparteien die Mehrheit zu sichern und es war klar, daß die Sozialdemokratische Partei die paar Kommunisten, wenn auch nicht ideologisch, so doch in ihrer praktischen Politik zwingen konnte, in Übereinstimmung mit ihr vorzugehen.

Wir waren auf eine Wahlallianz zwischen allen bürgerlichen Parteien gefaßt, was bedeutete, daß sieben sozialdemokratische Sitze in unmittelbarer Gefahr waren. Die Vorbereitungen in den Parteiorganisationen erstreckten sich auf viele Monate. Das Resultat davon war eine Wahlbeteiligung, die für Schweden alle früheren Rekorde schlägt. Es erwies sich aber, daß der Schreck, den die Aussicht auf eine sozialistische Mehrheit den bürgerlichen Parteien einjagte, immer mehr um sich griff und eine stärkere Quelle der Kraft wurde als die Hoffnungen, die wir auf unserer Seite entfallen konnten.

Die Wahlergebnisse von 1924 und 1928 sind die folgenden:

	1928	1927	
Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei	872 500	725 407	+ 147 093
Die Höglund-Kommunisten	—	26 301	—
Die Mosauer Kommunisten	149 096	63 601	+ 85 495
Die Liberalen und die Volkspartei	374 273	298 540	+ 75 733
Die Bauernunion	281 717	190 396	+ 71 321
Die Rechtspartei	688 284	461 257	+ 227 027

Das Gesamtwahlergebnis zeigt 2 345 870 abgegebene Stimmen oder 508 368 mehr als bei den Wahlen von 1924. Die Stimmbeteiligung mag ungefähr 70 Prozent gewesen sein.

Nach den Wahlen waren die Parteien wie folgt im Unterhaus vertreten:

	1928	1924	
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	90	105	— 15
Kommunisten	8	4	+ 4
Liberalen und Volkspartei	32	33	— 1
Bauernunion	27	23	+ 4
Rechtspartei	73	65	+ 8

Der Wahlausgang war sowohl für die Sozialdemokratie als auch für die anderen Parteien eine völlige Ueberraschung. Die natürliche Reaktion in den Reihen unserer Partei auf den Verlust der Sitze war eine außerordentlich starke Enttäuschung und Niedergeschlagenheit. Der Verlust einiger Sitze an sich mußte nicht notwendigerweise diese Gefühle erzeugen, aber als Erfolg der glänzendsten Wahlkampagne, die je von unserer Partei geführt wurde, war das Resultat doch niederschlagend.

Die bürgerliche Demagogie hatte zwei Karten ausgespielt. Während der letzten Legislaturperiode hat unsere Partei eine Enquete über eine höhere Erbschaftsteuer verlangt, um eine gerechtere Eigentumsverteilung zu ermöglichen. Dieser Vorschlag gab den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, die ungeheuerlichsten Entstellungen zu verbreiten.

In jenen Berichten über die sozialdemokratischen Erbschaftsteuerpläne, die einen gewissen Schein von Zuverlässigkeit beanspruchten, wie zum Beispiel in den Wahlreden von Regierungsmitgliedern und gewissen bürgerlichen Parteiführern, auch in den Artikeln des „weltberühmten“ Professors der Volkswirtschaft, Gustav Cassel, wird mit rührendem Anschein von Ueberzeugung auseinandergesetzt, daß die Vorschläge der sozialdemokratischen Partei die verheerendsten Folgen für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes nach sich ziehen würden. Jede private Sparrätigkeit würde sinnlos und verschwinden, — denn wer würde sich dazu hergeben, für den Staat zu sparen? — es würde eine Kapitalflucht aus dem Lande einsehen, die Existenzmittel des ganzen Volkes würden sich in katastrophaler Weise vermindern, die Löhne würden unverhältnismäßig herabgesetzt. Jedermann und nicht zuletzt die Arbeiter würden fortan ärmer sein als zuvor.

In der populären, besonders in der mündlichen Propaganda ließ man noch schwerere Gefühle auffahren. In den Städten wurde unter den Frauen und der kleinen Bourgeoisie verbreitet, daß die Sozialdemokraten beabsichtigten, die kleinen Ersparnisse, die sie sich im Verlaufe eines Lebens voller Kämpfe erworben hatten, zu konfiszieren. Auf dem Lande wurde gesagt, daß der Staat, falls die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen sollten, beim Tode des Vaters den halben Wert des Bauerngutes einziehen und beim Tode des Sohnes die andere Hälfte nehmen würde. Zur Stärkung dieser Propaganda, die alle Absichten der Sozialdemokraten entstellte, wurden Plakate über das ganze Land verbreitet, die die Sozialdemokraten als Plünderer der Bauerngüter, Diebe ihres Viehs und als Schänder darstellten. In abstoßender Weise

Seipel mobilisiert!

„Sicherheitsmaßnahmen“ der Regierung Militär und Gendarmerie in Bereitschaft

Wien, 5. Oktober.

In dem sonst ruhigen Ort Wiener-Neustadt herrscht lebhaftes Treiben. Die letzten Vorbereitungen für den 7. Oktober werden getroffen. Heute vormittag begann der Zug von Abteilungen des Bundesheeres und der Gendarmerie. Ihre Stärke beträgt bis jetzt einige tausend Mann. Nach Artillerie wurde nach Wiener-Neustadt kommandiert. Die Abteilungen marschierten selbstverständlich mit Stahlhelm und auf gepflanzten Bajonetten durch die Straßen zu ihren Unterkünten, die in der thebanischen Militär-Akademie und zum Teil auch in Privathäusern geschaffen wurden. Der Bundesminister für Heereswesen besichtigte am Freitag die in Wiener-Neustadt zusammengezogenen Truppen des Bundesheeres. Am Schluß der Besichtigung fand ein Vorbemarsch statt. Im Krankenhause der Stadt sind 300 Matratzen und viele Tragbaren bereitgestellt worden. Von Wien aus wurde eine Anzahl Kerze zur Verstärkung herangezogen. Infolge des Witterungsverfalls werden die Gaskräfte von Wiener-Neustadt ihre Posten vom Sonnabend ab bis Sonntag abend geschlossen halten.

Wien, 5. Oktober.

Die niederösterreichische Landeskorrespondenz meldet: Landeshauptmann Dr. Buresch besuchte heute nachmittags Wiener-Neustadt, um sich von der Stimmung der Bevölkerung und den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen persönlich zu überzeugen. Er unternahm einen längeren Rundgang durch die Stadt und konnte sich davon überzeugen, daß die Bevölkerung von Wiener-Neustadt infolge der Vereinbarungen über den getrennten Aufmarsch und der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen vollständig beruhigt ist. Die Gerüchte von einer Verunruhigung der Geschäftsleute, geplanter Verschaltung der Geschäftsleuten, entbehren jeder Grundlage.

Unverantwortliches Treiben der Kommunisten

SPD Wien, 5. Oktober.

Die Sozialdemokratische Partei hat beschlossen, zu der Kundgebung in Wiener-Neustadt keine Mitglieder zu delegieren. Der Aufmarsch, zu dem bereits alle Vorbereitungen getroffen sind, wird trotzdem eine außerordentlich starke Beteiligung aufweisen.

Die Kommunisten bemühen sich inzwischen, die Veranstaltungen in Wiener-Neustadt möglichst zu stören. In ihrem unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden Organ forderten sie am Freitag u. a. zum Generalkstreik auf. Das Blatt wurde daraufhin beschlagnahmt. Auch sonst sind die Wiener Kommunisten äußerst aktiv. In einer Versammlung leisteten sie sich gestern einen kleinen Zusammenstoß mit der Polizei. Es ist jedoch nicht zu befürchten, daß die Kommunisten den Aufmarsch der Sozialdemokratie irgendwie zu stören vermöchten. Die Regierung hat inzwischen ebenfalls Vorbereitungen zu einem störungslosen Verlauf der Veranstaltungen getroffen und eine große Zahl von christlich-sozialen Wehrkämpfern in Wiener-Neustadt einquartiert.

Berlin, 5. Oktober.

Die Nachtausgabe meldet aus Wien: In Baden bei Wien wurden neun Kommunisten verhaftet und unter dem Verdacht des Verbrechens des Hochverrats in das Kreisgericht in Wiener-Neustadt eingeliefert. Es handelt sich um Mitglieder des sogenannten Abwehrkommandos, das die Kommunisten für den 7. Oktober eingesetzt hatten. In einer kommunistischen Versammlung hielten jene Mitglieder des Abwehrkommandos Festreden, so daß die Polizei sich genötigt sah, die zum Aufsch auffordernden Redner festzunehmen.